

Submission Authored by the German Parliamentary Group BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN (The Greens)
109th Session of the Human Rights Committee, Geneva
14 October 2013 - 01 November 2013

I. Zusammenfassung des Anliegens

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht Anlass zur Sorge, dass die USA die innerdeutsche elektronische Kommunikation der deutschen Bevölkerung, die technisch über Kommunikationswege in den USA läuft, überwacht und ausspäht. Die Fraktion sieht sich besonders zur Stellungnahme veranlasst, weil auch die Kommunikation ihrer Abgeordneten und des Deutschen Parlamentes betroffen ist. Dies stellt einen fundamentalen Angriff auf die Demokratie in Deutschland dar. Die freie Wahrnehmung des parlamentarischen Mandats und der innerfraktionellen wie der innerparlamentarischen Debatte wird dadurch erheblich beeinträchtigt. Darüber hinaus wird durch die drohende umfassende Überwachung der elektronischen Kommunikation in Deutschland durch US-Geheimdienste eine freie politische Debatte in Deutschland und Europa insgesamt beeinträchtigt. Zumindest besteht die Gefahr einer weitgehenden Einschüchterung („chilling effect“) der demokratischen Debatte und Kultur. Ein solcher Angriff auf das für eine freie Demokratie wesentliche Fundament der freien öffentlichen und privaten Kommunikation stellt bereits nach heutiger Rechtslage einen Verstoß gegen Art. 17 und 19 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (im Folgenden: Pakt) dar. Zudem steht zu befürchten, dass die Geheimdienste der USA, Großbritanniens, Deutschlands und weiterer Staaten durch eine Art organisierten „Ringtausch“, die rechtlichen Restriktionen, denen sie nach jeweiligem nationalem Recht bei der Ausspähung von Inländern unterliegen, unterlaufen, was im Ergebnis auch zu einem Unterlaufen der Schutzstandards des Pakts führt.

Die oben ausgeführte Bewertung ergibt sich insbesondere aus dem sogleich unter 2. Aufgeführten. Zum besseren Verständnis der von den USA betriebenen Überwachungspolitik werden jedoch zunächst auch Maßnahmen im Inneren der USA erläutert (siehe 1.) und sodann die Auswertungsprogramme der USA dargestellt (3.).

1. Überwachung innerhalb der USA

Im Inneren unterliegt die US-amerikanische Regierung verfassungsrechtlichen Bindungen, insbesondere durch den 4. und 14. Zusatzartikel zu US-Verfassung, die ein umfassendes Überwachungsprogramm beschränken können. Dennoch hat die US-Regierung Maßnahmen getroffen, die auf gesetzlicher Grundlage auch für das Inland (USA) weit über das hinausgehen, was in Deutschland – mit der vom Bundesverfassungsgericht in Hinblick auf den Schutz des Telekommunikationsgeheimnisses beanstandeten¹ - Vorratsdatenspeicherung für zulässig gehalten wurde. Die Metadaten (Kontaktdaten) der elektronischen Telekommunikation (insbesondere bei

¹ <http://www.bverfg.de/pressemitteilungen/bvg12-013en.html>; die der deutschen Gesetzgebung in dieser Sache zu Grunde liegende Europäische Richtlinie wird zudem gegenwärtig beim Europäischen Gerichtshof auf ihre Vereinbarkeit mit den Grundrechten überprüft (C-293/12 und C-594/12).

Telefongesprächen) werden für fünf Jahre gespeichert². Da die Gesprächspartner ermittelt werden können, ermöglicht allein diese Speicherung umfassende Rasterungen der Kontaktbeziehungen der Bevölkerung (zu den technischen Mitteln; siehe 3.) und damit eine Politik der Gesellschaftskontrolle. Wer mit wem wann in Kontakt stand, ist für die US-Behörden bereits im Inland kein Geheimnis mehr.

2. Überwachungsprogramm von Auslandskommunikation (PRISM)

Durch die Veröffentlichungen des Whistleblowers Snowden ist bekannt geworden, dass die USA gegenüber ausländischen Grundrechtsträgern im Ausland (z.B. also in Bezug auf rein innerdeutsche Kommunikation) wesentlich radikalere und weitgehendere Eingriffe in das Kommunikationsgeheimnis vornehmen, als sie für das Inland der USA dargestellt wurden (vgl. unter 1.). Hier greifen die USA auch auf die Inhalte der Kommunikation zu. Dies haben die USA auch bereits öffentlich zugestanden und damit die Aussagen Snowdens im Grundsatz bestätigt³.

Der Umfang dieser überaus schwerwiegenden Überwachung ist zwar von den US-Behörden wiederholt – abweichend von Darstellungen der internationalen Presse – relativiert worden. Bereits die eigene Darstellung der US-Regierung belegt jedoch, dass es sich hier nicht nur um punktuelle Maßnahmen handelt, die gegen einzelne Terroristen gerichtet sind. Die US-Regierung führt aus⁴:

„Under Section 702⁵, instead of issuing individual orders, the FISC, [...], approves annual certification [...] that identify broad categories of foreign intelligence which may be collected.”

Nahezu alle im vorstehend zitierten Dokument genannten Beschränkungen (siehe „second“ bis „finally“) betreffen dabei den Schutz von US-Bürgern oder inneramerikanischer Kommunikation. Die dort⁶ für ausländische Kommunikation (unter „First“) genannte Beschränkung,

„a significant purpose of an acquisition is to obtain foreign information”,

stellt kein geeignetes und klares rechtliches Kriterium dar, um eine Beschränkung zu erreichen und den Schutz der Menschenrechte zu sichern. Es ist damit zu rechnen, dass zumindest jeder, der einmal mit jemandem kommuniziert hat, der einmal Kontakt zu einer Person aus einer z.B. radikal-islamischen Gruppe hatte, potentiell Objekt der Beobachtung ist. Da dies nahezu niemanden ausschließen wird können, ist potentiell jeder betroffen.

Insgesamt legen damit bereits die Darstellungen der US-Regierung einen großflächigen Zugriff der US-Regierung auch auf die Inhalte ausländischer (auch rein innerdeutscher) Kommunikation nahe. Neben PRISM, das an den Servern der größten Internetunternehmen in den USA ansetzt, über die

² So für die US-Regierung, Robert S. Litt, ODNI General Counsel, PRIVACY, TECHNOLOGY AND NATIONAL SECURITY, July 19, 2013: “bulk collection of telephony metadata”.

³ siehe die Nachweise auf <http://icontherecord.tumblr.com/> und oben Fußnote 2.

⁴ Anlage zum Schreiben vom 4.Mai.2012 an United States Senate, Select Committee on Intelligence, S. 2; veröffentlicht auf

http://www.dni.gov/files/documents/Ltr%20to%20HPSCI%20Chairman%20Rogers%20and%20Ranking%20Member%20Ruppersberger_Scan.pdf [Hervorhebung nicht im Original].

⁵ Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA).

⁶ siehe oben Fußnote 3.

auch rein ausländische (innerdeutsche) Kommunikation läuft, wird zusätzlich auch noch ausländische internetgestützte Kommunikation an Leitungen, die über die USA laufen, abgesaugt⁷.

3. XKeyscore

Die NSA verwendet das Erfassungs- und Analyseprogramm XKeyscore.⁸ Bei XKeyscore handelt es sich um ein Programm zur Datenerfassung und vertieften Datenanalyse, das jegliche Internetkommunikation aufgrund einer weltweiten Serverinfrastruktur speichern und in Echtzeit analysieren kann (Verbindungs- und Inhaltsdaten). Hierdurch können die „abgehörten“ Daten gerastert werden, was den Eingriff in das Recht auf Privatheit wesentlich intensivieren kann.

Die NSA hat die Berichte über XKeyscore nur teilweise zurückgewiesen. Zwar bestritt der Geheimdienst, dass Analysten damit praktisch uneingeschränkter Zugang zu Informationen hätten. Der ehemalige NSA-Direktor Michael Hayden bezeichnete XKeyScore jedoch als „gute Nachricht“, seien die Geheimdienstler damit doch in der Lage, „die Nadel im Heuhaufen zu finden“.⁹

4. „Ringtausch“

Eine Reihe von Indizien legen eine Zusammenarbeit und Verwertung von Ergebnissen der NSA- und der Kommunikationsüberwachung des britischen Government Communications Headquarters (GCHQ) durch deutsche Nachrichtendienste nahe, die den Verdacht eines Ringtausches, der die jeweils nationalen Beschränkungen bei der Abhörung von Inländern unterläuft:

- Ein Interview mit Ex-US-Geheimdienstchef Hayden (1999-2005 Chef der NSA, 2006-2009 Direktor der CIA) legt sehr offene und enge Zusammenarbeit der Geheimdienste nach 9/11 nahe, bis hin zu großem Datenaustausch oder Datenpools, auch wenn er hierzu keine Details nannte.¹⁰
- In einem Vortrag am 19.7.2013 drückte der amtierende NSA-Chef Alexander es etwa so aus: Wir haben alle Eigeninteressen und wir haben alle Geheimdienste. Es ist eine Ehre mit den deutschen Geheimdiensten zusammen zu arbeiten. Wir sagen ihnen nicht alles, was wir machen oder wie wir es machen. [...] Aber jetzt wissen die Deutschen Bescheid. Wir haben eines der strengsten richterlichen Kontrollsysteme der Welt.¹¹
- Nachdem in der Presse¹² berichtet worden war, Deutschland sei mit 500 Millionen Datensätzen (in einem bestimmten Monat) das von den US-Behörden meistüberwachte Land, versuchte ein deutscher Minister die Öffentlichkeit damit zu beruhigen, diese 500 Millionen Datensätze hätten nicht die USA ermittelt. Vielmehr seien diese Daten ein Produkt der deutschen Auslandsüberwachung, das der amerikanischen Seite übermittelt worden sei¹³.

⁷ Fußnote 3, S. 3, 4: „in addition to collection directly from ISPs, NSA collects telephone and electronic communication as they transit the Internet “backbone” within the United States“.

⁸ <http://www.theguardian.com/world/2013/jul/31/nsa-top-secret-program-online-data>.

⁹ NSA press statement 30 July 2013 http://www.nsa.gov/public_info/press_room/2013/30_July_2013.shtml

¹⁰ <http://www.heute.de/Ex-NSA-Chef-spottet-%C3%BCber-deutsche-Politiker-28928066.html>.

¹¹ <http://www.heute.de/NSA-Chef-Jetzt-wissen-die-Deutschen-Bescheid-28912874.html>.

¹² <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/prism-und-tempora-fakten-und-konsequenzen-a-909084.html>

¹³ <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2013/08/2013-08-12-pofalla.html> : „Die Daten, über die in den letzten Wochen teilweise hitzig diskutiert worden ist, stammen also

II. Abschließende Empfehlungen des Menschenrechtsausschusses und sonstige Spruchpraxis des Menschenrechtsausschusses nach dem Pakt

Der Menschenrechtsausschuss hat bereits in seinem General Comment No. 16 zu Art. 17 des Paktes aus dem Jahre 1988 festgestellt, dass Art. 17 des Paktes auch neue Formen der elektronischen Kommunikation erfasst, dass Eingriffe in das Recht der Privatheit nicht nur einer gesetzlichen Grundlage bedürfen, sondern darüber hinaus insbesondere am Maßstab der Verhältnismäßigkeit zu messen sind.¹⁴ Desweiteren hat der Ausschuss ausdrücklich klargestellt, dass eine (im Ergebnis) flächendeckende Überwachung der elektronischen Kommunikation nicht mit Art. 17 des Paktes vereinbar ist, sondern dass vielmehr nur eine Überwachung im Einzelfall („case-by-case basis“) zulässig ist:

„8. Even with regard to interferences that conform to the Covenant, relevant legislation must specify in detail the precise circumstances in which such interferences may be permitted. A decision to make use of such authorized interference must be made only by the authority designated under the law, and on a case-by-case basis. Compliance with article 17 requires that the integrity and confidentiality of correspondence should be guaranteed de jure and de facto. Correspondence should be delivered to the addressee without interception and without being opened or otherwise read. Surveillance, whether electronic or otherwise, interceptions of telephonic, telegraphic and other forms of communication, wire-tapping and recording of conversations should be prohibited.“¹⁵

Weiter weist der Ausschuss auf die Erforderlichkeit eines gegen Abhörmaßnahmen gerichteten Rechtsschutzes hin:

„10. The gathering and holding of personal information on computers, data banks and other devices, whether by public authorities or private individuals or bodies, must be regulated by law. [...] In order to have the most effective protection of his private life, every individual should have the right to ascertain in an intelligible form, whether, and if so, what personal data is stored in automatic data files, and for what purposes. Every individual should also be able to ascertain which public authorities or private individuals or bodies control or may control their files. If such files contain incorrect personal data or have been collected or processed contrary to the provisions of the law, every individual should have the right to request rectification or elimination.“¹⁶

Der Menschenrechtsausschuss hat sich bereits früher mit der Abhörpraxis der US-Geheimdienste beschäftigt (CCPR/C/USA/CO/3/Rev.1, S. 6 f., sec. 21) und sich dabei, trotz einzelner Verbesserungen der Rechtslage, besorgt im Hinblick auf die Einhaltung der Vorgaben von Art. 17 des Paktes geäußert.

nicht aus der Aufklärung der NSA oder des britischen Nachrichtendienstes. Sie stammen aus der Auslandsaufklärung des [deutschen] BND [Bundesnachrichtendienst]. Diese Daten erhebt der BND im Rahmen seiner Gesetze und leitet sie auch auf der Grundlage des Abkommens vom 28. April 2002 an die NSA weiter.“

¹⁴ CCPR General Comment No. 16, Abs. 4.

¹⁵ CCPR General Comment No. 16, Abs. 8.

¹⁶ CCPR General Comment No. 16, Abs. 10.

Der Ausschuss sah insbesondere im Hinblick auf die eingeschränkten Möglichkeiten von überwachten Personen, sich über diese Maßnahmen zu informieren und gegenüber diesen effektiven Rechtsschutz zu erhalten, Anlass zur Sorge. Weiterhin zeigte sich der Ausschuss unter Hinweis auf Art. 2 Abs. 3 und Art. 17 des Paktes besorgt, dass insbesondere die NSA Kommunikation über Telefon, Email und Fax von Personen sowohl in den USA als auch außerhalb der USA ohne jegliche gerichtliche oder sonstige unabhängige Kontrolle abhört.

Der Ausschuss empfahl den USA, Section 213, 215 und 505 des Patriot Act zu überarbeiten, um sicher zu stellen, dass diese in voller Übereinstimmung mit den Vorgaben von Art. 17 des Paktes sind. Die USA sollten insbesondere sicher stellen, dass jeder Eingriff in das individuelle Recht auf Privatleben auf das zwingend notwendige Maß („strictly necessary“) beschränkt bleibt und auf hinreichend gesetzlicher Grundlage basiert („duly authorized by law“). Zudem sollen die daraus folgenden individuellen Rechte beachtet werden.

In seiner bisherigen, nicht speziell die USA betreffenden, Spruchpraxis hat der Ausschuss deutlich herausgearbeitet, dass es den Vorgaben des Art. 17 des Paktes nicht genügt, wenn Eingriffe in das Privatleben in nationalen Gesetzen vorgesehen sind. Der Ausschuss verlangt darüber hinaus regelmäßig, dass ein Eingriff nicht willkürlich sein darf. Dabei versteht der Ausschuss unter „willkürlich“ („arbitrary“) i.S.v. Art. 17 Abs. 1 des Paktes im Wesentlichen, dass der Eingriff verhältnismäßig sein muss und auch ansonsten im Einklang mit den übrigen Zielen und Vorgaben des Paktes stehen muss.¹⁷

Speziell im Hinblick auf Abhörmaßnahmen durch Geheimdienste und Ähnliches verlangt der Ausschuss, dass gesetzliche Regelungen für die Betroffenen das Recht vorsehen müssen, sich über die sie betreffenden Maßnahmen zu informieren, dass sie das Recht haben müssen, eine Berichtigung fehlerhafter Datenbestände und, soweit erforderlich, die Löschung von über sie erhobenen Daten durchzusetzen. Darüber hinaus müssen effektive Kontrollmechanismen vorgesehen sein.¹⁸

III. Staatenbericht der USA

Der Ausschuss hat die USA in der vorliegenden und der vorangegangenen „list of issues“ aufgefordert, zu der Abhörpraxis und den vorgenommenen Schritten in Bezug auf die Überwachung der NSA bei der Überwachung der Kommunikation via Telefon, Email und Fax innerhalb und außerhalb der USA Stellung zu nehmen.

In ihrem Bericht vom 2. Juli 2013 berichten die USA, dass der Präsident in dem „2011 Report“ zugestanden habe, dass die NSA im Jahre 2005 internationale Kommunikation ohne Gerichtsbeschluss abgehört habe, wenn die Regierung davon ausging, dass sie hinreichenden Grund zur Annahme hatte, dass einer der Kommunikationsteilnehmer ein Mitglied von Al-Qaida oder ein dieser Organisation Nahestehender war oder Mitglied einer Al-Qaida nahestehenden Organisation. Diese Praxis sei seitdem unter die Kontrolle des FISC gestellt worden. Im Jahre 2008 seien die gesetzlichen

¹⁷ Vgl. Sarah Joseph/Melissa Castan, *The International Covenant on Civil and Political Rights*, 3rd ed. 2013, S. 535 ff.; Jakob Th. Möller/Alfred de Zayas, *United Nations Human Rights Committee Case Law 1977-2008*, 2009, S. 339 ff. jeweils mit zahlreichen Nachweisen zur entsprechenden Spruchpraxis des Menschenrechtsausschusses.

¹⁸ General Comment 16/32, Abs. 10; Manfred Nowak, *CCPR Commentary*, 2nd ed. 2005, Art. 17 Rn. 23.

Grundlagen weiter angepasst worden auch im Hinblick auf eine Stärkung der Rolle des FISC. Hierdurch seien die gerichtliche Kontrolle und die Kontrolle durch den Kongress und der Schutz individueller Rechte verbessert worden.¹⁹ Generell, ohne Nennung von Details, stellen die USA fest, dass es eine Kontrolle der Geheimdienstaktivitäten durch den Kongress sowie „extensive Kontrolle“ durch verschiedene Teile der Exekutive gebe.²⁰

Festzustellen bleibt, dass die bisherigen (gerade genannten) Äußerungen der USA gegenüber dem Ausschuss suggerieren, es werde ausschließlich zielgerichtet auf Mitglieder von Al-Quaida und dieser Gruppe nahestehende Personen zugegriffen, was sich mit dem nunmehr veröffentlichten Material nicht Einklang bringen lässt (siehe oben I.2.).

IV. UN-Sonderberichterstatter zur Meinungsfreiheit und Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

In seinem Bericht vom 17. April 2013²¹ an die Generalversammlung der Vereinten Nationen zeigt sich der Special Rapporteur on the promotion and protection of the right to freedom of opinion and expression, Frank La Rue, besorgt, dass die staatlichen Überwachungs- und Abhörmaßnahmen der elektronischen Kommunikation einen erheblich negativen Einfluss auf die individuelle Freiheit und die für eine Demokratie grundlegende Freiheit der Meinungsäußerung haben können:

„23. In order for individuals to exercise their right to privacy in communications, they must be able to ensure that these remain private, secure and, if they choose, anonymous. Privacy of communications infers that individuals are able to exchange information and ideas in a space that is beyond the reach of other members of society, the private sector, and ultimately the State itself. Security of communications means that individuals should be able to verify that their communications are received only by their intended recipients, without interference or alteration, and that the communications they receive are equally free from intrusion. Anonymity of communications is one of the most important advances enabled by the Internet, and allows individuals to express themselves freely without fear of retribution or condemnation.“

Der Rapporteur unterstreicht insbesondere den „chilling effect“, den Abhörmaßnahmen auf einen freien demokratischen Diskurs haben können:

„24. The right to privacy is often understood as an essential requirement for the realization of the right to freedom of expression. Undue interference with individuals' privacy can both directly and indirectly limit the free development and exchange of ideas. Restrictions of anonymity in communication, for example, have an evident chilling effect on victims of all forms of violence and abuse, who may be reluctant to report for fear of double victimization. In this regard, article 17 of ICCPR refers directly to the protection from interference with "correspondence", a term that should be interpreted to encompass all forms of communication, both online and offline. As the Special Rapporteur noted in a previous report, the right to private correspondence gives rise to a comprehensive obligation of the State to ensure that e-mails and other forms of online communication are actually delivered

¹⁹ United States Written Responses to Questions From the United Nations Human Rights Committee Concerning the Fourth Periodic Report, Absatz 115, abrufbar unter:

<http://www.state.gov/j/drl/rls/212393.htm>.

²⁰ ebd. Absatz 119.

²¹ A/HRC/23/40.

to the desired recipient without the interference or inspection by State organs or by third parties." [interne Fußnoten weggelassen]

Die oben (unter II.) dargestellte Spruchpraxis des Ausschusses steht in Übereinstimmung mit der Auslegung der entsprechenden Verbürgungen der Europäischen Menschenrechtskonvention durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Diese Rechtsprechung fordert ebenfalls eine klare Eingrenzung der Ermächtigung zur Speicherung und ebenso klare Regeln zur Untersuchung, Weitergabe und Vernichtung des gewonnenen Materials²².

V. Empfohlene Fragen

1. Erläutern sie den Umfang der Abhörmaßnahmen, die Inländer (US-Staatsangehörige und sogen. „US persons“) und Ausländer im Ausland betreffen in einem durchschnittlichen Monat und während der letzten Jahre und nach ihrem Anteil an der Internet-, Telefon- und Faxkommunikation, die technisch über die USA und dort befindliche Server oder Leitungen abgewickelt werden. Die Angaben sollten spezifizieren, ob lediglich Metadaten oder auch Inhalte der Kommunikation abgehört und gespeichert werden, welche Geheimdienst- und Regierungsstellen nach welchen Voraussetzungen und Verfahren Zugriff auf die Daten insgesamt oder einen Teil der Daten haben.

2. Erläutern sie, für welchen Zeitraum Metadaten und Inhalte der abgehörten Kommunikation gespeichert werden und nach welchen Kriterien und Verfahren gespeicherte Daten gelöscht werden bzw. nach welchen Kriterien und Verfahren eine Verlängerung der Speicherfristen vorgenommen wird.

3. Erläutern sie

a) die in der Praxis vorgenommen Sicherungen in Bezug auf Inländer und Ausländer im Ausland, die sicher stellen, dass die Abhörmaßnahmen die Anforderungen von Art. 17 des Paktes in Bezug auf die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen wahren und

b) durch welche Maßnahmen sicher gestellt wird, dass ein "chilling effect" für die Kommunikation über öffentliche und private Anliegen in den USA und den anderen Staaten, die von US-Abhörmaßnahmen betroffen sind, möglichst vermieden wird.

4. Erläutern sie die Möglichkeiten von betroffenen Ausländern, deren Kommunikation im Ausland mit Ausländern (z.B. eine Kommunikation in Deutschland zwischen zwei deutschen Staatsangehörigen) auf der Grundlage von Sec. 702 FISA oder einer anderen gesetzlichen Grundlage abgehört wurde, sich

a) über die Durchführung dieser Maßnahme bei Regierungsstellen der USA zu informieren,

b) gegen eine fehlerhafte Speicherung ihrer Daten vorzugehen und diese ggf. löschen zu lassen und

²² siehe insbesondere Liberty vs. UK (<http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-87207>) und Weber und Saravia vs. Germany (<http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-76586>)

c) gegen die Durchführung der Abhörmaßnahmen Rechtsschutz vor Gerichten in den USA oder sonstigen unabhängigen Kontrollinstanzen in den USA Rechtsschutz zu erlangen.

5. Erläutern sie die gesetzlichen Voraussetzungen für die Weitergabe von persönlichen Informationen, die die NSA oder andere Geheimdienststellen der USA z.B. aufgrund von auf Sec. 702 FISA oder auf anderer Rechtsgrundlage fußenden Abhörmaßnahmen von Internet-, Telefon- oder Faxkommunikation erlangt hat, an die Dienste anderer Staaten wie z.B. Großbritanniens oder Deutschlands.

6. Erläutern sie die gesetzlichen Voraussetzungen für die Entgegennahme, Speicherung und Verarbeitung von persönlichen Informationen durch die NSA oder anderer Geheimdienststellen der USA, die diese von Geheimdiensten aus Deutschland oder aus Großbritannien erhalten haben und von denen sie wissen oder vermuten können, dass diese Informationen aus Abhöraktionen der Geheimdienste dieser Länder stammen.

7. Erläutern sie, ob und ggf. wie sicher gestellt ist, dass die elektronische Kommunikation von Parlamentariern anderer Staaten, die selbst nicht in Verdacht stehen terroristische Aktionen gegen die USA durchzuführen oder solche zu unterstützen, nicht abgehört, gespeichert oder ausgewertet werden und welche Möglichkeiten des Rechtsschutzes die ausländischen Parlamentarier dagegen in den USA haben.

8. Erläutern sie die gesetzlichen Voraussetzungen unter denen die NSA oder andere US-Geheimdienststellen persönliche Informationen über US-Bürger oder sogenannte US-Persons entgegennahmen dürfen, die von Geheimdiensten anderer Staaten durch Abhörmaßnahmen in den USA oder in anderen Staaten gewonnen wurden und deren Kommunikation nicht nach Sec. 702 FISA oder einer anderen US-amerikanischen Vorschrift hätte durch die NSA oder anderer Geheimdienststellen der USA abgehört werden dürfen.

VI. Vorschlag für Empfehlungen

1. Schaffung von gesetzlichen Regelungen, die sicher stellen, dass auch bei Durchführung von Abhörmaßnahmen, die die Kommunikation von Ausländern im Ausland betreffen, bei denen aber technisch die Abhörmaßnahme in den USA durchgeführt wird, Art. 17 und die sonstigen Ziele des Paktes in vollem Umfang beachtet werden. Hierzu gehört insbesondere die Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, der eine – auch de facto – flächendeckende oder annähernd flächendeckende Überwachung verbietet und pauschale Speicherungen auf Vorrat vermeidet. Weiterhin gehört dazu die Sicherstellung von Informationsrechten für von Abhörmaßnahmen betroffenen Ausländern, die im Ausland leben, sowie die Einräumung umfassender Rechtsschutzmöglichkeiten in den USA, die eine effektive Durchsetzung des Rechtes zur Berichtigung und Löschung von falschen oder zu Unrecht erhobenen persönlichen Daten umfassen.

2. Schaffung von gesetzlichen Regelungen für die Weitergabe von persönlichen Informationen an die Geheimdienste oder sonstige Regierungsstellen anderer Staaten durch die NSA oder sonstige Geheimdienststellen der USA, die diese durch Abhöraktionen oder sonstige geheimdienstliche Tätigkeiten erlangt haben, die in vollem Einklang mit Art. 17 und dem daraus folgenden Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie den sonstigen Zielen des Paktes stehen. Hierzu gehört insbesondere die Sicherstellung von Informationsrechten für von Abhörmaßnahmen Betroffenen sowie die Einräumung umfassender Rechtsschutzmöglichkeiten in den USA, die eine effektive Durchsetzung

des Rechtes zur Berichtigung und Löschung von falschen oder zu Unrecht erhobenen persönlichen Daten umfassen.

3. Schaffung von gesetzlichen Regelungen für die Entgegennahme, Speicherung und Verarbeitung von persönlichen Informationen, die Geheimdienststellen der USA von den Geheimdiensten anderer Staaten erhalten, die in vollem Einklang mit Art. 17 und dem daraus folgenden Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie den sonstigen Zielen des Paktes stehen. Hierzu gehört insbesondere die Sicherstellung von Informationsrechten für von Abhörmaßnahmen Betroffenen, sowie die Einräumung umfassender Rechtsschutzmöglichkeiten in den USA, die eine effektive Durchsetzung des Rechtes zur Berichtigung und Löschung von falschen oder zu Unrecht erhobenen persönlichen Daten umfassen.



Renate Künast MdB



Volker Beck MdB



Ingrid Hönlinger MdB



Dr. Konstantin von Notz MdB